

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 3 M., monatlich 25 Pf.; durch die Postämter und die Post bezogen 1,00 M., durch den Postboten ins Haus 1,08 M., Einzelnummer 5 Pf.
Wochentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14-tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für den zweiten 7 Pf., für den dritten 6 Pf., für den vierten 5 Pf., für den fünften 4 Pf., für den sechsten 3 Pf., für den siebten 2 Pf., für den achten 1 Pf. 50 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Einzelhändlern entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerwartete Erhöhungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 8.

Donnerstag den 11. Januar 1906.

32. Jahrg.

Zur Lage.

Sowohl der Reichstag, als auch das preuß. Abgeord. Haus haben am 9. Januar ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Dem Reichstag liegen an Material nicht weniger als 74 Vorlagen vor, dem Abgeord. Hause nur sechs, darunter der Etat. Den Reichstagsmitgliedern wurde sofort das von der deutschen Regierung zusammengestellte Weißbuch über Marokko unterbreitet, welches den Nachweis erbringt, daß Frankreich unablässig bemüht gewesen ist, unter Vorpiegelung falscher Tatsachen und mit Hilfe von Drohungen und diplomatischen Beeinflussungen, Marokko unter seinen ausschließlichen Einfluß zu bringen. Das französische Weißbuch schon konnte ja nicht umhin, zuzugeben, daß Frankreich die marokkanische Polizei und Heeresmacht „reformieren“ wollte; aber erst das Weißbuch bringt die Details dieser Reformpläne, die überdies die Finanzen, den Handel und den Verkehr Marokkos unter die Kontrolle Frankreichs zu bringen trachteten. Zum Zweck der Einschränkung des widerstrebbenden Sultans, hatte der französische Gesandte dem Sultan weiß gemacht, er spreche im Namen Europas. Das französische Weißbuch leugnet dies bestränkt, indem es behauptet, daß der Gesandte niemals dazu autorisiert gewesen sei. Das Weißbuch stellt es jedoch völlig klar, so daß man also annehmen muß, daß, ein für Frankreich besten Falles, Tailhandier auf eigene Faust gesprochen hat.

Das Weißbuch zeigt außerdem, daß dieser noch weiter gegangen ist und dem Sultan erklärt hat, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht (womit natürlich Deutschland gemeint war) sich zwischen Marokko und Frankreich stelle, und daß letzteres, wenn sich der Sultan nicht bald füge, die Reformen auf eigene Hand durchführen werde, also gegen den Willen des Sultans. Durch diese Entstellung ist die Behauptung des Weißbuchs widerlegt, daß Frankreich die wichtigste zur Wahrung seiner berechtigten Interessen und zur Herstellung geordneter Zustände in Marokko bemüht gewesen sei. Wenn man Frankreich hätte gewähren lassen, so wäre, wie der deutsche Gesandte sich in einem Berichte ausdrückt, für den Handel und die Unternehmungen anderer Völker nur „dürftige Brocken“ übrig geblieben. Die deutsche Regierung aber hat, indem sie den Sultan veranlaßt, die Forderungen Frankreichs abzulehnen, nicht nur ihr eigenes gute Recht, sondern auch das aller anderen Staaten gewahrt.

Die französische Regierung wird hierauf vor Beginn der Konferenz kaum noch etwas Triffliges erwidern können. Mit um so größerer Spannung aber sieht ganz Europa den Verhandlungen derselben entgegen. Vor dem Interesse an ihr ist sogar dasjenige für die Dinge in Russland bedeutend zurückgetreten. Zweifellos wird es in Algiciras sehr scharfe Zusammenstöße zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs geben und werden die des letzteren alle Anstrengungen machen, das im Weißbuch gekennzeichnete und gerügte Vorgehen Tailhandier's mit der „besonderen Stellung“ des Algerien besitzenden Frankreich zu Marokko, der dort herrschenden chronischen Anarchie und der Unfähigkeit der scherifischen Regierung, derselben zu steuern, von neuem zu entschuldigen suchen.

Der Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Auffassung der Angelegenheit ist eben immer noch vorhanden und da der neue englische Minister des Auswärtigen, Grey, erklärt hat, die Politik seines Vorgängers fortsetzen und auf der Konferenz die Forderungen Frankreichs unterstützen zu wollen, so könnte man schon vor der auf so manchen Seiten, besonders in Spanien, heftigen Bestätigung einige Berechtigung zu sprechen, daß Kritiker nicht entsehen könnten, welche einen fragestillschließenden Zusammenstoß unvermeidlich machen würden. Den Eintritt des letzteren Falles sehen jedoch, man möchte sagen, nahezu unbewindliche Hindernisse entgegen: 1. Die Friedfertigkeit der deutschen Regierung, welche unter der Bedingung der strikten Wahrung der

Ehre Deutschlands und der Sicherstellung der Gleichheit aller Nationen im Handelsverkehr mit Marokko, sich wohl nicht fröhnen wird, der „besonderen Stellung“ Frankreichs zu diesem Lande einige Rechnung zu tragen. 2. Die notorische Unlust der Franzosen, sich mit Deutschland in einen neuen Krieg einzulassen, welche die Regierung zwingen wird, diese deutschen Bedingungen zu erfüllen und schließlich, wenn sich der Frieden anders nicht aufrechterhalten lassen sollte, ihre Forderungen wesentlich einzuschränken. 3. Der feste Entschluß der übrigen beteiligten Regierungen, zwischen den beiden Antipoden zum Zweck der Herstellung eines beider Teile befriedigenden Ausgleichs zu vermitteln.

In erster Reihe hat sich Italien diese Aufgabe gestellt und es hat ihm Oesterreich-Ungarn dabei seinen aufrichtigen Beistand zugesagt. Diese beiden Mächte werden um so ausdauernder in dieser Richtung bemüht sein, weil sie fürchten, durch einen Krieg in Misereinfahrt gezogen zu werden, aber nicht die geringste Neigung zu einer solchen Beteiligung in sich verpöhlen. Spanien scheint sich verträglich verpflichtet zu haben, die französischen Forderungen zu unterstützen. Dasselbe gilt auch von Portugal. Beide Brudersstaaten werden jedoch, so wenig wie England, ein Hindernis bilden, wenn Frankreich es angezeigt finden wird, der Wahrung des Friedens, in Form einer Reuktion seiner Ansprüche, Opfer zu bringen. Eine vermittelnde Tätigkeit wollen auch die kleineren Mächte entfalten, als Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien.

Von größerem Belang freilich ist der Umstand, daß die Politik der nordamerikanischen Regierung darin bestehen wird, zwar die Aufrechterhaltung der offenen Tür in Marokko zu fordern, im Uebrigen jedoch alle Anstrengungen zu machen, die Entwicklung einer Fission zwischen Frankreich und Deutschland, die den Weltfrieden gefährden könnte, zu verhindern. Denn auf die Friedensvermittlung versteht sich Präsident Roosevelt beinahe ausschließlich sehr gut.

Was nun Russlands Stellung zum Marokkokonflikt anbelangt, so hat Graf Witte in der ersten Januar-Woche einem Press-Vertreter Eröffnungen gemacht, deren eigentlicher Inhalt zwar zwischen den Zeilen steht, aber doch unklar zu verstehen ist. Witte sprach seine Ueberzeugung dahin aus, daß er von der fädelichen Politik Deutschlands überzeugt sei und nicht an einen Zwischenfall auf der Konferenz glaube, und er fügte hinzu: Die Regierung des befreundeten und verbündeten Frankreich verhalte sich gegen Russland noch ebenso freundschaftlich und wohlwollend wie früher und das beruhe auf Gegenseitigkeit. Darin liegt die Versicherung, daß Russland die französischen Forderungen unterstützen wird. Das ist vielleicht eine Garantie mehr für die Erhaltung des Friedens.

Ein Anschlag

auf das Reichstagswahlrecht?

In der Presse ist man geteilter Meinung darüber, ob den Wochenrundschauern der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die innere Politik ein halb offiziöser Charakter zuzurechnen ist, oder nicht. Wir glauben diese Frage verneinen zu sollen. Neuerdings haben diese Rundschauern in der Presse eine erhöhte Aufmerksamkeit gefunden wegen ihrer regelmäßigen scharfen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Allerdings waren diese Darlegungen inhaltlich meist nur eine Abstrahierung der bekannten Reichstagsreden des Herrn Reichstagsredners. In der letzten Wochenrundschau überrascht einigermaßen die apodiktische Form, in der das offiziöse Organ ein Entgegenkommen der Regierung in der preussischen Wahlrechtsfrage ablehnen zu dürfen glaubt. Nicht „falsche Nachsichtigkeit“ in dieser Frage sei angebracht, sondern „ruhige, kraftbewusste Festigkeit, die sich nichts abtragen läßt.“ Die Regierung hat im Reiche sowohl wie in Preußen — wie er-

innern nur an die Sicherung der Wahlfreiheit und die Aufhebung des Verbots des Inverbindungtreitens politischer Vereine — schon so oft Zugeständnisse, denen sie Jahrszielung hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen, sich durch den Zwang der politischen Verhältnisse abtrogen lassen müssen, daß eine solche banale Botschaft auf die Parteien, die in ihrer überwiegenden Mehrheit verlangen, daß mit der Reform des von Jahr zu Jahr unhaltbarer gewordenen und immer ungedeierter wirkenden preussischen Wahlrechts endlich einmal Ernst gemacht werde, nicht den mindesten Eindruck machen kann.

Materiell soll ja übrigens auch die Regierung in Preußen jetzt zu Konzessionen bereit sein. Man erzählt sich in gewöhnlich gut unterrichteten politischen Kreisen einer großen Ansehlichkeit, daß an den maßgebenden Stellen jetzt die Absicht besteht, einer Reform des preussischen Wahlrechts zuzustimmen, allerdings gegen — noch nicht näher bezeichnete — „Kompensationen“ hinsichtlich einer Abänderung des Reichstagswahlrechts. Es haben also offenbar die seit Jahren unausgesetzt wirkenden Bestrebungen, das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern, an den entscheidenden Stellen ein offenes Ohr gefunden und man versucht jetzt diese Aktion mit geringfügigen Konzessionen auf dem Gebiete des preussischen Wahlrechts zu verstopfen. Die Parteien der Linken haben also allen Anlaß auf der Hut zu sein, um sich vor unliebsamen Uebergriffen zu schützen. Denn auf das Zentrum ist, nachdem Herr Bachem im Abgeordnetenhaus ganz offen heraus erklärt hat, daß das Reichstagswahlrecht, wenn es heute zur Einführung stünde, von seiner Partei keinesfalls akzeptiert werden würde, nicht der geringste Verlaß mehr. Es ist daher die höchste Zeit, daß die entscheidenden liberalen Gruppen sich zur gemeinsamen Abwehr gegen die Absichtsgelüste auf das Reichstagswahlrecht zusammenschließen und insbesondere auch allenfallsigen Waffenfundebungen gegen die Aufrechterhaltung des reaktionären Wahlrechts in Preußen, Sachsen u. veranlassen.

Zur Lage in Russland.

In Petersburg, und seit vielen Tagen schon in Moskau, hat die Regierung den Unruhestiften vollständig das Handwerk gelegt, sodas beide Städte äußerlich wieder ihr normales Aussehen gewinnen. Not und Geld freilich, Hunger und Krankheit herrschen mehr denn je in den Mauern der alten Kaiserstadt und aus dem Kaufhaus kommt noch böse Kunde. Ueber die Kampagne der Regierungsgruppen in den Disprovinzen liegen keine bemerkenswerten Nachrichten vor, doch erscheint es zweifellos, daß auch dort die Regierung bald Herr der Situation sein wird. Bei dem Mangel an Lebensmitteln, der dort herrscht, dürfte sich die Pacifizierung dieser arg mitgenommenen Provinzen beschleunigen.

Folgende Notkandauer Nachrichten sind zu verzeichnen. Die Moskauer Bevölkerung, heißt es in einer Depesche des „A. N.“, begehrt das russische Weihnachtsfest in äußerst gedrückter Stimmung. Ueberall herrschen Not und Elend, Nahrungsmittel sind fürchterlich teuer. Auf der Hauptzufuhrstraße, der Kasanischen Bahn, sind bloß 50 Wagen mit Vorräten ausgearbeitet geblieben, daher großer Mangel an Lebensmitteln und an Holz. Die Straßen sind wenig belebt, spät abends ist die Stadt ganz ausgehoben. Der Zustand des außerordentlichen Schutzes dürfte nicht vor Beginn der eigentlichen Reichsbudgetarbeiten aufgehoben werden. Sämtliche Sicherheitsmaßregeln bleiben bis Ende Januar in Kraft, da am 22. Januar, dem Jahrestag des Petersburger Blutsonntags, und am 25. dem Gründungstag der Moskauer Universität, Unruhen befürchtet werden. Noch jüngst wurden im landwirtschaftlichen Institut Waffen, in den Kellerräumen des Safo Philipow Bomben gefunden.

Und dem Hilfsausschuß für die notleidenden Deutschen Russlands ist aus Riga ein Brief zugegangen

in dem es heißt: „Die Not ist furchtbar groß; viele Menschen haben so gut wie alles verloren; Prediger, Ärzte, Wirtschaftsbetriebe aller Art sind Bettler geworden, und sind erst in einigen Monaten die letzten Sparsperrnisse aufgeschürt, so werden viele Hunderte nicht wissen, wovon sie den nächsten Tag leben sollen. Es mangelt an Kleidung, Heizungsmaterial. Wir brauchen Geld für das nackte Leben.“ Der Hilfsauschuss hat deshalb neuerdings eine Summe von 10 000 Mk. nach Riga geschickt, wo sich Reichsdeutsche und Baltien zu einem Hilfsauschuss zusammengeschlossen haben und so auch ein Frauenkomitee in aufopfernder Weise wirkt. Dergleichen herrscht in Litauen große Not, wo z. B. eine große Zahl von flüchtigen Landpflanzern, von allem entblößt, eingetroffen ist.

Aus Riga ist den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft vom Rigaer Börsen-Komitee ein Bericht zugegangen, in dem es heißt: Gegenüber den im Ausland verbreiteten beunruhigenden Gerüchten erachtet es das Komitee als seine Pflicht, wahrheitsgemäß zu konstataren, daß nach nunmehr erfolgter Besichtigung der Streiks der Arbeiter sowie Post- und Telegraphenbeamten und der damit zusammenhängenden Störungen des Handels und des öffentlichen Lebens, alles seinen gewöhnlichen Gang geht. Sämtliche Fabriken arbeiten. Ueber Zerstörungen noch Beschädigungen von Fabriken oder öffentlichen und privaten Gebäuden haben stattgefunden; die Banken haben ihre Tätigkeiten nie eingestellt gehabt. Die Sicherheit des Eigentums ist nach Eintreffen des Generalgouverneurs mit Truppenverstärkungen mehr denn je gewährleistet.

Aus Rostow a. Don berichtet die „Petersb. Tel.-Agentur“: Infolge energischer Vorgehens der Truppen flüchteten die Aufständischen in der Nacht zum Montag unter Zurücklassung der Waffen aus ihren befestigten Stellungen. Das Leben in der Stadt beginnt wieder normal zu werden. Der Vorort Tsernyul wurde von Kosaken besetzt, nachdem er 6 Tage lang von Artillerie und Infanterie beschossen worden war. Die Revolutionäre sind vollständig niedergeworfen.

Ueber die Lage im Kaukasus wird aus Petersburg telegraphiert: Mehrere russische sozialistische Blätter behaupten unter Bezugnahme auf die Schwierigkeiten in den Verbindungen mit dem Kaukasus, die infolge des Post-, Eisenbahn- und Telegraphen-Ausstandes eingetreten seien, daß der Kaukasus vollständig von dem übrigen Reich e abgeschnitten sei und dort der volle Aufstand herrsche. Diese Nachrichten wurden dem Auslande übermittelt. Die „Petersb. Tel.-Agent.“ erfährt aus absolut sicherer Quelle, daß die Lage im Kaukasus so ist, wie sie vor einigen Monaten war, daß die Verbindungen, obwohl mit Schwierigkeiten, genügend aufrecht erhalten werden. Im Kaukasus wiederholt sich, was sich einige Jahre vorher in den asiatischen Teilen der Türkei unter den Namen armenische Mezelelen zugegetragen hat. Russland gehörte damals ebendieselben den Massen der armenischen Flüchtlinge eine Zufluchtsstätte. Jetzt bringen diese selben Armenier nach dem Kaukasus ihre revolutionäre Organisation und regierungseindliche Agitation, sie stiften Unruhen an und bringen die Wohnbevölkerung gegen sich auf, wie es in der Türkei geschehen ist. Dies ist der Grund der Mezelelen, welche an mehreren Punkten des Kaukasus sich zugegetragen haben. Die Regierung hat energische Maßnahmen ergriffen, um die Bewegung zu bekämpfen. — Der kaiserliche Statthalter Fürst Boroznow-Dachnow ist krank und wird durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden.

Der Dampfer „Kochmieder“, welcher ebenso wie die inwärtigen zurückgekehrte „Bawla“ auf Veranlassung des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow nach den baltischen Häfen geschickt worden war, um deutsch-russische Flüchtlinge nach Norel zu befördern, hat die Rückreise angetreten, nachdem weder Elbau noch Riga weitere Hilfe erforderlich gehalten haben. Nach den Berichten des nach Russland geschickten Inspektors der Hamburg-Amerika-Linie, Kapitän Dackstein, waren die Nachrichten über die Dringlichkeit der Hilfe sehr übertrieben; es sind die Schiffe nur in geringem Maße in Anspruch genommen worden.

Politische Uebersicht.

Auf die für Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu England vom Nürnberger Handelsvorstand gefasste Resolution hat Lord Avebury dem Vorsitzenden des Handelsvorstandes mit folgenden Worten erwidert: „Ich habe Ihr Telegramm sowie Ihren freundlichen Brief vom 30. vorigen Monats erhalten und kann Sie versichern,

daß in unserem Lande keine allgemeine Unzufriedenheit gegen Deutschland besteht. Im Gegenteil wird seitens unserer hervorragenden Männer ausdrücklich anerkannt, wieviel der Fortschritt der Menschheit Deutschland verdankt. Wir sehen keinen Grund, der uns verhindern könnte, fortzuwachen nicht nur in Frieden, sondern in gegenseitigen Beziehungen des Vertrauens und der Freundschaft zu bleiben.“

Italien. Der italienische Delegierte für die Marokko-Konferenz, Visconti-Venosta, wird nach einem Telegramm der „Voss. Zig.“ aus Paris, dort erwartet. Er will mit Rouvier und dem englischen Botschafter verhandeln, ehe er nach Algier abreist.

Frankreich. Die französische Deputiertenkammer wählte, nach einem Telegramm aus Paris, am Dienstag ihren bisherigen Vorsitzenden Doumer mit 287 Stimmen zum Präsidenten gegen Carrien, der 269 Stimmen erhielt. — Der Bevollmächtigte Frankreichs auf der Marokkokonferenz in Algier Revoil ist am Dienstag mit dem Süderzug von Paris nach Madrid abgereist. In seiner Begleitung befinden sich Grafen Lynard, General von Aguin von Algerien, Grafen Gherisy und der Major Godeb und Jaccureilly, die Mitglieder der französischen Mission sind. Am Bahnhof waren zur Abreise Revoils die Spitzen des Ministeriums des Auswärtigen und zahlreiche persönliche Freunde erschienen. Frau Revoil wird sich mit ihrem Gemahl in einigen Tagen in Algier treffen; Regnaud, der zweite Vertreter Frankreichs auf der Konferenz, wird Mittwoch abreisen. — Die „Köln. Zig.“ berichtet aus Paris vom 8. d. M.: Es ist unrichtig, daß französische Kriegsschiffe in die Gewässer von Algier geschickt werden sollen. In keiner Weise ist von einer solchen Rundgebung durch Kriegsschiffe die Rede, wovon einige Blätter wissen wollen.

Mittelamerika. Der Uebermut Castro, des Präsidenten von Venezuela, wächst mit jedem Tage. Auf Verlangen Frankreichs wird der amerikanische Gesandte Russell energische Vorstellungen bei der venezolanischen Regierung erheben, da Präsident Castro den französischen Gesandtschaftssekretär Taigny bei dem Neujahrsempfang nicht beachtet hat. Obgleich diese Vorstellungen nicht unbedingt einem Ultimatum gleichkommen, so lassen sie doch keinen Zweifel bezüglich der ernsten Absichten Frankreichs. Die französische Flotte wartet in Mexiko den Auszug ab.

China. Nach einer Meldung des Reuters Bureau's hat China, den im Auslande erzeugten Rat in Wainmu, Fong, bestimmt, mit Russland wegen eines Abkommens über die nördliche Mandchurei und besonders über die Einschränkung der Eisenbahnwägen zu verhandeln.

Deutschland.

Berlin, 10. Jan. Der Kaiser empfing Dienstag vormittag den Bildhauer Prof. Haverkamp und hörte den Vortrag des Chefs des Militärabtinets, General-Adjutanten Grafen v. Hülsen-Gaeseler.

— Der Kaiser und der Herzog von Cumberland. Die offiziöse „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt: „Der „Hann. Cour.“ gibt eine Erzählung wieder, nach der die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland in Kopenhagen an dem durch Kaiser Wilhelm zurückgewiesenen Verlangen des Herzogs, als regierender Fürst empfangen zu werden, gescheitert sei. Diese Erzählung ist in allen Einzelheiten erfunden. Weder hat der Herzog ein solches Verlangen gestellt, noch hat der Kaiser eine „drahtliche Gegenfrage“ an ihn richten lassen. Ein Einfluß auf die Abreise oder Nichtabreise des Herzogs von Kopenhagen vor der Ankunft des Kaisers ist von deutschen Stellen in keiner Form ausgeübt worden. Im übrigen nimmt der „Hann. Cour.“ mit Recht an, daß in der sogenannten Welfenfrage hüben und drüben keine Veränderung der Anschauungen eingetreten ist.“

— (Die Erkrankung des Staatsministers v. Tzielen) gibt, nach der „Kreuz-Zig.“, zu der ernstesten Besorgnis Veranlassung, da die Kräfte fortgesetzt nachlassen.

— (Staatssekretär Freiherr v. Richtig) soll, nach dem „Frank. Kurier“, am Sonntag nach der Tafel einen leichten Schlaganfall erlitten haben. Nach einem Berliner Telegramm der „Köln. Zig.“ ist die Erkrankung des Freiherrn v. Richtig nicht unbedenklich.

— Die japanische Gesandtschaft in Berlin ist, wie in Tokio amtlich bekannt gegeben wird, zum Rang einer Botschaft erhoben und der bisherige Gesandte Inouye zum Botschafter ernannt worden.

— (An dem Befinden des Abgeordneten Dr. Müller-Sagan), der seit dem Jahreswechsel an schwerer Gallenkolik leidet, ist eine leichte Besserung eingetreten, doch muß der Patient sich einstweilen noch strengste Schonung auferlegen.

— (Die Ratifikationsurkunden) zum deutsch-bulgarischen Handels-, Zoll- und Schiffahrts-

vertrage vom 1. August 1905 sind am Dienstag in Berlin durch den Direktor im Auswärtigen Amt, Wirklichen Geheimen Rat Dr. v. Körner und den ersten Sekretär der Berliner Fürstlich bulgarischen diplomatischen Agentur, ausgetauscht worden.

— (Die Gastwirte Deutschlands) bieten am Montag nachmittags in Berlin eine außerordentlich gut besuchte Protektivversammlung gegen die Brauksteuer ab, in der nach lebhafter Debatte, an der sich auch die Abgg. Wiemer und Kopsch beteiligten, folgende Resolution angenommen wurde: „Die am 8. Januar 1906 im großen Saal der Neuen Welt versammelten 4000 Vertreter des Gastwirtsvereins, an welcher die Abgeordneten sämtlicher deutschen Gastwirtsvereine aus allen Teilen des Deutschen Reichs teilgenommen haben, erklären die von der Regierung geplante Erhöhung der Biersteuer als eine so ungeheure Belastung unseres Wirtschaftslebens, daß mit ihrer Annahme nicht nur das Braugewerbe, sondern auch die Gastwirtsvereine und alle damit in Verbindung stehenden Berufe der wirtschaftlichen Vernichtung preisgegeben sein würden. Schon heute ist das Biergewerbe mit Steuern in einer Weise überlastet, daß es durch eine weitere Besteuerung dem sicheren Ruin entgegengeführt werden würde. Sollte aber wirklich eine neue Belastung des Biergenusses eintreten, so würde das Biergewerbe genötigt sein, die Mehrkosten auf das Publikum abzumwälzen, welche um so drückender gerade auf die minderbemittelten wirken würden, als es sich hier um einen Konsumartikel für die breitesten Volksschichten handelt. Die Gastwirte will gern bereit, ihren Anteil an den Kosten unserer nationalen Wohlfahrt und unserer Wehrkraft beizutragen, aber sie verwehren sich gegen jede weitere Überbelastung. Die Versammlung ernannt eine Aktionskomitee mit der Aufgabe, mit allen gesetzlichen Mitteln diese drohende Belastung von dem Biersteuern abzuwenden. Sie hat das Vertrauen zu der Weisheit des Reichstags, das er einmütig die Zumutung, eine so hohe Steuerlast einem wirtschaftlich auf schwachen Füßen stehenden Beruf aufzubürden, ablehnen wird.“

— (Aus dem Sozialistenlager.) Der Aktionsausschuß kündigt im „Vorwärts“ für Sonntag den 21. d. M., mittags 12 Uhr in Berlin und Borsiken Protektivversammlungen gegen das Dreiklassen-Wahlrecht zum preussischen Landtage an und bittet die Partei und die Gewerkschaften, zu diesem Zeitpunkt keinerlei andere Veranstaltungen vorzunehmen damit die Einheitslichkeit der Aktion gewahrt bleibe und ein Massenbesuch dieser Versammlung ermöglicht werde.

— (Der Zwist zwischen den sozialdemokratischen sächsischen Arbeitern Breslaus und dem Oberbürgermeister Wender verhärtet sich. Wie aus Breslau gemeldet wird, haben auch die drei anderen Mitglieder der Arbeiterdeputation, die bei dem Oberbürgermeister eine Teuerungszulage nachsuchte, Mohaupt, Baug und Bischof, ihre Kündigung erhalten, weil sie, wie es in einem Schreiben des Magistrats heißt, der am 3. Januar in öffentlicher Versammlung gefassten Resolution zugestimmt haben, in welcher es unter anderem mit Beziehung auf die vom Oberbürgermeister angeordnete Entlassung der beiden anderen Arbeiter heißt: „Die Arbeiter erwarten, daß die Stadtvorstandsvorstellung der Oberbürgermeister und die übrigen Mitglieder des Magistrats über ihr koalitionsfeindliches Verhalten zur Rechenschaft zieht und die brutal Hinweggeworfenen wieder einstellt.“

Vermischtes.

* (Verhängnisvoller Erdbeben) Haverstraw, Staat New-York, 9. Jan. Er erregte sich gestern kurz vor Mitternacht ein Erdbeben, wobei acht Häuser aus einer Höhe von 100 Fuß in eine Tongrube hinabstürzten. 16 Personen kamen dabei um. Man nimmt an, daß der Erdbeben dadurch verursacht worden ist, daß man mit dem Ausgraben des Tons zu nahe an die Straße herangekommen ist.

* (Achtzehnjährige Reife eines Briefes.) Von der Insel Alize wird berichtet: Achtzehn Jahre vor ein Brief unterwegs, der dieser Tage in die Hände des Adressanten, des auf dem Todesvollstreckungsschwarzpost bei Hünshoff beschlossenen Schiffszimmermanns Hammer gelangte. Im Jahre 1887 war das Schreiben von Hammers Eltern an ihren, der damals zur See fuhr, nach einem amerikanischen Hafen gerichtet worden. Da Hammer jedoch noch dort wieder in See gegangen war, konnte der Brief nicht bestemt werden, wurde ihm nachgeliefert und postierte so nach und nach zahlreiche Häfen sämtlicher Erdteile, bis er schließlich vor kurzem an die Adresse zurückgelangte, die nun das Schreiben ihrem Ziele direkt zuführen konnten.

* (Die Wittig der Infantin Maria Theresia) der Schwester des Königs von Spanien, die den bayerischen Prinzen Ludwig Ferdinand heiratete, betrug nach dem „S. T.“ sechs Millionen Frank außer der Aussteuer und dem Juwelen im Werte von drei Millionen Frank.

* (Zelfimo d'obertrag eines Fünfzehnjährigen.) Am Sonntag morgen verstarb die fünfzehnjährige, Gymnasialknabe, der Sohn des Reuters Sp. in Berlin, durch einen Revolververstoß zu Tode. Der Knabe hatte seine Nerven durch anhaltendes Lernen bereit angestrengt, daß er in einem Anfall von Geistesfieber die Tat beging. Der Schwereverlepte wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht, wo er so schwer darnieder liegt, daß an seinem Aufkommen zweifelhaft wird.

Unübertroffene Preiswürdigkeit
solideste Arbeit
Zuschönheit und grösste
Haltbarkeit
begründen seit 1828 den Weltraf
der Ritter Hof-
Firma: Pianoforte-
Fabrik
Halle a. S.




ff. Bienenhonig
eigener Bienenzucht, feinsten Qualität entspricht
in Gültigkeit und auszuwogen
O. Traethner, Unteraltenburg.

**Priv. Bürger-
Scheiben-Schützen-Gilde.**
Güte sowie jeden Donnerstag abend von
8 Uhr an

Vitalen- und Zimmerbuntensticken.
Alle Kameraden jährlich zur Stelle. Gäste
willkommen. **Das Direktorium.**

Missionsfest.
Sonntag den 14. Januar feiert der Missions-
Verein sein Jahresfest.
5 Uhr Gottesdienst im Dom; Herr Missions-
direktor D. Genrich aus Berlin.
8 Uhr Familienabend in der Reichstrasse
D. Genrich; Wächte der Binnstrasse und
liegendes Licht.
Alle erwachsenen Mitglieder unserer Gemeinden
sind herzlich eingeladen. **Werther, P.**

„Haler „Lg.“

Sonntag den 13. Januar etc.
Haupt-Versammlung.
Beginn 9 Uhr. **Der Vorstand.**

Stenographenverein „Stolze“
Der unterzeichnete Verein eröffnet am
Donnerstag den 11. Jan. 1906,
abends 8 Uhr,

im Restaurant „Herzog Christian“ hier einen
Unterrichtskursus

für Herren in der vereinfachten deutschen
Stenographie (Eintigungs-system Lehr-
Scheur).

Donator einseitig Kosten für Lehrmittel
6 Mk. Anmeldungen werden bei Beginn des
Unterrichts entgegengenommen.
Stenographenverein Stolze.
(Eintigungs-system „Stolze-Scheur“).
Der Vorstand.

**Rössen.
Mästenball.**
Sonntag den 14. Januar
Mästen haben freien Eintritt.
Eintritt 20 Pf.
Nur anfängliche Mästen haben Zu-
tritt. Anfang abends 7 Uhr.
Dozu laden freundlich ein
Donath, Galtwitz.



Casino.
Sonntag den 13. Januar
sonnt

**Neumann-Bliemchen
mit neuer Gesellschaft.**

Bliemchens letztes Auftreten vor seinem Wied-
tritt ins Privatleben.

Billets vorher a 50 Pf. bei Herrn Kauf-
mann H. Schurig, Dreieckstr. Herrn Alten-
dorf, Bauerngasse, Ritterstr. und im
Casino. An der Kasse 60 Pf.

Veranstaltung! Mehr. 681. etc. denn. Dam.
(5-200000 Mk.) w. bald Ehe mit sol.
treib. Herren, w. a. o. Herrn. Send. Sie nur
Adr. an „Adico“, Berlin, Postamt 18.

Wäsche zum Plätten
wird angenommen.
Frau E. Kilitz, Glogauerstr. 21, part.

**Nur für Wiebverkäufer
und Händler!**
Große Fabrik (Greiser-Brände)
sacht

für den Vertrieb ihrer
Besten
zahlungsfähige Annehmer. Offerten unter
R 100 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Preisschiessen.
Achtung! Achtung!

Goldne Kugel.
Das Preisschiessen findet nur noch bis Donnerstag statt.
Donnerstag den 11. d. M. abends 11 Uhr
Preisverteilung.

Es laden ergebenst ein
E. Meyer. Alex. Ette.

Thüringer Hof.
Sonntag den 14. Jan. von abends
6 Uhr ab großer
Volksmaskenball

in sämtlichen festlich dekorierten Räumen.

1/10 Uhr große Festpolonaise mit Prämierung.
Die schönste Damenmaske erhält eine hoch-
feine Uhr mit Kette, die schönste Herrenmaske
einen goldenen Ring.

Die Prämien liegen im Lokal zur Ansicht aus.
Entrée für Herrenmasken 1 Mk., Damenmasken
50 Pfg., Zuschauer 30 Pfg.

Masken sind hulfrei.
Ballmusik von der Merseburger Stadtkapelle.

Pfeiffer'sches Institut zu Jena.

Die mit einem Pensionat verbundene Realschule, deren Reifezeugnis zum
einfährigen Dienst berechtigt, beginnt das Schuljahr 1906 am 19. April. Stete
Aufsicht, hervorragende Erfolge. Prospekte auf Wunsch durch den Direktor
Prof. Pfeiffer.

Städtische Handelsrealschule zu Dessau.
3 Klassen: Tertia, Sekunda, Prima, bezw. U III, O III und U II.
Ziel: allgemeine Bildung bis zum einjährigen Zeugnis und gleichzeitig
wertsprechende Vorbildung für den kaufmännischen Beruf.
Prospekte umsonst.

Das Kuratorium. Die Direktion.
Dr. Ebeling, Oberbürgermeister. Dr. Fr. Claussen, Direktor.

**Erstklassiges
Fabrikat.
Hempel
u. Liebmann,**
Merseburg, Burgstr. 5.
Telephon 360.

Vorfürhungen gratis.
Dampfjägewerk
Jetschke, Halleischestrasse 10/11,
empfeht sich zum Vorkauf aller Arten Hölzer. Prompte Bedienung bei billigen Preisen.
Hölzer können jederzeit angefahren werden.

Gegen bare Kasse kaufe noch alle Arten Laubhölzer.
Große Posten bester Räucherspäne am Lager.

Schrotten aller Getreidearten, Hafer queisfen,
sowie Reissen von Mais
abernimmt bei schnellster und gewissenhafter Bedienung
Thilo Radolph, Schroterei mit elektr. Betrieb,
Gottfriedsstraße 27 (Halber Mond.)

Wer interessiert sich?
für die Aebnahme der
Generalvertretung

einer Sterbelaassenversicherung
einer angesehenen alten deutschen sehr
konkurrenzfähigen Gesellschaft. Tat-
kräftigen fleissigen selbstthätigen Herren
bietet sich Gelegenheit (auch neben
anderem Berufs)

hohes Einkommen
zu erwerben. Ausführliche Offerten
erbeten unter B G 1444 an Daube
& Co., G. m. b. H., Magdeburg.

Junger Mann
erteilt gemüthlich Nachhilfsstunden. Offerten unter
ER sofort an die Exped. d. Bl. erbeten.

Lehrlings-Gesuch.
Für mein Kolonialwaren-, Feinbäckerei- u.
Frischbäckerei-Geschäft suche per 1. April unter günstigen
Bedingungen einen Lehrling.
Emil Wolff, Mohrmarkt.

Einen Fleischerlehrling
sucht zu Eltern
Franke, a. d. Geisel 4.

Lehrling
mit guter Schulbildung zu Eltern gesucht von
Thiele & Franke.

Einen Lehrling
stellt zu Eltern ein
Oscar Hühnel, Wäfermeister.

Junger Mann
welder in der Landwirtschaft Beschäft. wöhl.
sofort bei Bede. gesucht. **H. Brüning.**

Tüchtige Abraumarbeiter
werden eingestellt bei
M. Becker, Stendort.

Ein 15 jähriges Mädchen
wird zum 1. April gesucht.
Fräulein Creypan.

Suche zum baldigen Eintritt
ältere unabhängige Frau od. Mädchen
als Stütze für Küche und Wirtschaft auf ein
Mittag- und Abendessen. Offerten unter
AR an die Exped. d. Bl. erb.

Ein junges Mädchen
aus anständiger Familie zur Erlernung der
Wirtschaft auf ein mittleres Gut Wünschens
ohne gegenseitige Vergütung gesucht. Anfragen
zu richten an
Franz Schinke, Merseburg, Wilmstr. 15 L.

Unabhängige Frau oder älteres zuverlässiges
Mädchen zur
Wartung zweier Kinder
sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein sauberes Mädchen
für Beamten nach Dresden sofort gesucht.
Zu erfragen **Sand 14.**

Ein junges Mädchen als
Aufwartung
sofort gesucht. **Karlstraße 17, part.**

Ein jüngeres Mädchen als
Aufwartung
sofort gesucht. **Vindensstraße 2.**

Unabhängige zuverlässige Frau oder älteres
Mädchen, welches Kochen kann, als
Aufwartung
für den ganzen Tag per sofort gesucht. Zu
erfragen in der Exped. d. Bl.

Verloren
ein schwarzer Herrenvelocipeder. Wegen
Belohnung abzugeben bei
H. Städter, Burgstraße 7, Laden.

Armenfische.
Die Armenfische ist am 4. Januar wieder
eröffnet worden, und wenden wir uns wie all-
jährlich an die bewährte Mithelität unserer
Mitbürger, um freundliche Zuwendung von
Gaben an Geld und Naturalien, damit wir
während der kaltesten Monate den Armen
unserer Stadt die Wohlthat der Essenbedien-
gung in der Armenküche zu teil werden lassen können.
Zur Annahme von Geldbeiträgen sind die
unterzeichneten Vorstandsmitglieder bereit,
während wir bitten, alle Naturalgaben direkt
in unser Vereinshaus (Königs) senden zu wollen.
H. v. Döbel, Kreisfrau von der Necke,
Frau Bartels, Frau v. Behr, Frau Bismarck,
Frau Blaud, Frau v. Borde, Frau Dr. Ehlau,
Frau Gabler, Hedwig d'Haussenville,
H. v. Kahlen, Frau Major Reichmann,
Frau Reinhardt, Fr. Schraube, Fr. Triebel,
Frau v. Wangelin, Frau Wehrer.

Sierzu eine Beilage.

Aus Deutsch-Afrika.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Leutnant Kurt Weigel, geboren am 1. 1. 81, zu Strassburg, früher im Leib Grenadier-Regiment Nr. 109, am 2. Januar bei Oukoums von der Spitze abgenommen und später mit Brust- und Bauchschuss tot aufgefunden. — An Synodus sind gestorben: Ritter Clemens Symanski, geboren am 16. 10. 82 zu Posen, am 23. Mai 1905 im Feldlazarett Kaiser-Johann-Erd, und Ritter Emil Kaiser, geboren am 9. 6. 83 zu Weitenau, am 25. Juli 1905 in der Krankenanstalt Damiab.

Die ersten Militärautomobile gehen, dem „Frank. Kur.“ zufolge, in den nächsten Wochen nach den deutschen Kolonien ab; 4 Automobile nach Südwestafrika unter dem Kommando des Hauptmanns der Schutztruppe Graf v. Stillfried. Es sind 3 Daimler-Lastwagen, besonders für den Transport von Proviant, Munition, Waffen usw., und 1 Benz-Personenwagen.

Deutschland.

Bei der Besprechung des deutschen Weisbuchs äußern sich die englischen Blätter in folgender Weise: „Daily Telegraph“ sagt: „Fürk Wilson verdient und wird den bezüglichen Dank Europas empfangen, denn sein Weisbuch fügt weder eine neue Schwierigkeit der Konferenz hinzu, noch wird eine der von früher bestehenden dadurch verschärft; im Gegenteil es stärkt die im Weisbuch begründete Überzeugung, dass die Konferenz von Erfolg begleitet sein wird und dass die marokkanische Frage eine freundschaftliche und bleibende Lösung finden wird.“ — Die „Daily News“ begrüßt den freundschaftlichen Ton, den die englische Presse gegen Deutschland anschlägt. Das Blatt fügt hinzu: „Wir haben allen Grund zu der Annahme, dass die Konferenz einen glücklichen Verlauf nehmen wird und dass sie den Beginn besserer Beziehungen nicht nur zwischen England und Deutschland, sondern auch zwischen Deutschland und Frankreich bedeuten wird.“ — In Paris nimmt vorläufig nur wenige Blätter dem deutschen Weisbuch eingehende Erörterungen. Der „Clair“ meint, in dem Weisbuch fänden sich zwei deutlich verschiedene Teile, den einen könnte man das rosafarbene Buch der Weissbuch-Schlussaufnahmen und den andern das Schwarzbuch der vernichteten Träume Weissbuch nennen.

Die Landtagswahlen in Schwarzbürg-Rudolstadt. Man schreibt uns aus Rudolstadt: Das Ministerium hat die Neuwahlen zum Landtag für den 16. Februar ausgeschrieben. Bekanntlich ist für die Legislaturperiode 1906/08 am 7. September v. J. gewählt Landtag in der Sitzung vom 2. Dezember 1905 aufgelöst worden, weil er die beantragte Erhöhung der fälligen Kameralrente abgelehnt hat. Die Sozialdemokraten, die von den 16 Kandidaten 8 Sitze innehaben, wollen bei den allgemeinen Wahlen wieder in allen 12 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen.

Die Abschaffung der böhmischen Behörden im Sächsischen Landtag. Man schreibt den „K. N. R.“ aus Dresden: Wer die bedeutende Erhöhung des Verkehres zwischen den sächsischen Behörden und Privaten einerseits und den immer mehr der Abschaffung verfallenden böhmischen Behörden andererseits genügend kennt, der kann es nur dankbar empfinden, dass am Dienstag in der ersten Kammer des sächsischen Landtages Bürgermeister Dr. W. Meißner beim Kapitel Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf diese fällige Verfahrerschwermis aufmerksam machte, die bei den Gemeinden hauptsächlich bei dem Ermittlungsverfahren in die Erscheinung tritt. Die böhmischen Behörden antworteten nur noch auf Anfragen in sächsischer oder in einer anderen, den hiesigen Behörden unverständlichen Sprache. Ministerpräsident v. Meißner antwortete auf die Anfrage, dass die sächsische Regierung nicht in der Lage sei, auf die österreichische Regierung einen Druck auszuüben, dass die aus politischen Gründen immer weiter führende Verabschiedung der Behörden zukünftig unterbleibe. Die Regierung werde aber, um die vorgetragenen Wünsche zu erfüllen, nach ihren Kräften bemüht sein, die österreichische Regierung zu einer Umweisung an die dortigen Behörden zu veranlassen, deutsch geschriebene Anfragen auch in deutscher Sprache zu beantworten. Wenn die Wünsche auf Erfüllung dieser Wünsche auch nur sehr mäßige sind, so kann die Anregung immerhin nicht schaden.

(Aus dem Sozialistenlager) wird wieder etwas Hübsches bekannt. In Durlach, einem namhaften Industriort vor Karlsruhe, läßt das Gewerkschaftsamt folgenden Fragebogen unter der Arbeiter-

schaft umgeben. „Name? Stand? Wohnort? Welche Zeitung lesen Sie? Sind Sie politisch organisiert? Welchem Verein gehören Sie sonst noch an? Gewerkschaftsmitglied? Der Wohlstand halber wollen Sie diesen Fragebogen genau ausfüllen! Die Kartellkommission.“ Wer unter den Arbeitern wird dieser „Bitte“ mit der Organisationsfurcht widerfahren? Und trifft es sich nicht merkwürdig, daß zu den Klagen über den politischen Mißbrauch, daß die geistlichen Ämter in Baden, unmittelbar Beschwerden über die parallel mit der kirchlichen laufende, sozialdemokratische Jungbewegung kommen? Mit Recht wendet sich der Liberalismus auch gegen die Konfessionalisierung der Berufsvertretungen. Aber was gemäße denn ein sogenannter christlicher Gewerkschaftler, wenn er zu einer sozialdemokratischen Übergehung? Er wird einen neuen Pfaffen für einen alten einzuhalten. Das ist alles.

(Sozialdemokratischer Terrorismus.) Man schreibt uns aus M. Gladbach: Es wurde kürzlich über ein Verbrechen berichtet, wonach sich ein hiesiger Bauleiter zur Entlastung eines christlich organisierten Bauhandwerkers gezwungen sah, weil die sozialdemokratischen Berufsfolger des Mannes andernfalls mit Niederlegung der Arbeit drohten. Diesem brutalen Vorgehen hat sich nunmehr ein zweiter Vorgang würdig zur Seite gestellt. Als der Fall in einer Versammlung der christlichen Arbeiterorganisation zur Sprache gelangen sollte, drangen sozialdemokratische Krieger in Masse in das Versammlungslokal ein und erregten dort einen derart wüsten Lärm, daß den christlichen Arbeitern jede Diskussion unmöglich wurde und schließlich wurde auf sie noch mit Steinen eingeschlagen. Zweifellos in der Absicht, den sozialdemokratischen „Schlagende“ Beweise für die Verzagtheit einer „besseren Gesellschaftsordnung“ im sozialdemokratischen Sinne zu geben!

(Marinenaugridien.) „Charlotte“ ist am 6. d. M. in Sorbus eingetroffen und geht am 19. von dort nach Palermo in See. „Panther“ ist am 6. d. M. in Buenos-Ayres eingetroffen. „Drems“ ist am 6. d. M. in Santa Cruz (Westindien) eingetroffen und am 8. nach St. Thomas gegangen. „Ithetis“ ist am 6. d. M. in Saabani eingetroffen und am 7. nach Dar-es-Salaam in See gegangen. „Luchs“ ist am 8. d. M. von Saigon nach Haiphong gegangen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 9. Jan.) Im Reichstag bemühte sich heute Schlegelstein, Frhr. v. Stengel seine Steuerentwürfe, die zu ersten Spezialberatungen standen, mit einigen allgemeinen Worten zu empfehlen. Ein Appell des Schlegelstein an die „konservativen“ Parteien und seine Bitte an diejenigen Abgeordneten, die zur Verständigung mit der Regierung bereit, sich nicht definitiv ablehnend gegen irgend eine Blume des Steuerwerks auszusprechen, fanden zunächst beim Zentrum keinen empfindlichen Boden. Abg. Speck sprach sich, ohne allzu sehr auf Einzelheiten einzugehen, in demselben Sinn aus, wie es schon Abg. Freyer bei der Etatsberatung getan hatte, d. h. vor allem unabhängig ablehnend gegen „Fahrlaststeuer“ und „Zahlungsteuer“. Tabak- und Biersteuer wird das Zentrum keinesfalls in der vorgeschlagenen Form bewilligen, ohne sich von dem angebotenen „Ultimatum“ des Frhr. v. Stengel locken zu lassen. An den Materialvertretern hält das Zentrum fest, ist aber bereit, die Erbschaftsteuer entgegen der zu gestalten, wenn Heranziehung der Deszendenten. Wüßer erwiderte dem Zentrumsvorredner die Gedanke einer Reichstagsaufstellung mit der Steuerpolitik. In einer sehr langen Rede bekämpfte Abg. Singer namens der Sozialdemokraten sämtliche Steuerentwürfe bis auf die Erbschaftsteuer. Diese möchten die Sozialdemokraten so hoch normieren, daß der Ertrag die Abschaffung bedingende der indirekten Steuern ermöglichte. Der national-liberale Abgeordnete Büning bekämpfte gleichfalls das Aninnen der Regierung an den Reichstag, alle Steuerentwürfe unverändert anzunehmen. Herr Büning wendete sich auch gegen Abschaffung einer Umwälzung des Systems der Materiallaststeuer. Der von persönlich für die Materiallaststeuer entgegengesetzten die Nationalisten keine Erhöhung der Inlandssteuer, sie lehnen auch den Zahlungsschempel ab und für die Fahrlaststeuer zu haben, in ihrer Mehrheit auch für eine Heranziehung der Deszendenten und Erbgatten zur Reichsberücksichtigung. — Mittwoch Fortsetzung der Beratung der Steuerentwürfe.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 9. Jan.) Im Abgeordnetenhaus brachte heute in der ersten Sitzung nach den Ferien Finanzminister Freiherr v. Reichenbach den Etat ein. Der Minister betonte zunächst, daß seine vorjährige Schätzung des Ueberschusses des Etatsjahres 1904/05 auf 30 Millionen Mark fast genau eingetroffen sei. Der wirtschaftliche Ueberschuß habe 3 1/2 Millionen betragen. Die meisten Betriebsverwaltungen hätten Ueberschüsse gebracht gegenüber dem Voranschlage. Die Eisenbahnergebnisse seien infolge des Streiks in Koblenz hinter dem Voranschlage zurückgeblieben. Das laufende Jahr werde voraussichtlich auch günstig abschließen. In der Landwirtschaft infolge der ungünstigen Witterung mit einem geringen Ertrage der Getreideernte, der Felder rechnen müssen, aber unter wirtschaftlich günstiger Lage sei eine gute. Eine weitausgehendere Wirtschaftspolitik sei aber unmöglich, wenn nicht endlich ein festes Finanzverhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten geschaffen werde. Die Herren, welche auch dem Reichstage angehören, sollten bedenken, daß der liberale Charakter des Reichs nicht gefördert werde, wenn es Ansprüche an die Bundesstaaten stelle, die diesen die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben unmöglich

machen. Den Ueberschuß des Jahres 1905/06 schätzte der Minister auf 4 Millionen Mark, wobei er aber betonte, daß die Umnahmen aus den Eisenbahnen sehr mäßig geschätzt seien und wohl eine Erhöhung des Ueberschusses erwarten ließen. Der Minister meinte, er wolle nicht auf die persönlichen Verhältnisse eingehen, aber der politische Sinn hat nicht wünschenswert. Er verweise dann darauf, daß die immer wachsenden Ausgaben man zu einer Erhöhung der Einkommensteuer werden müßten und meinte unter der Bedingung des Jahres, daß es ihm sehr erwünscht sei, daß die von den Herren des Finanzministeriums der Reihe nach bei den Ministern herumgehen solle. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit einer Warnung vor zu großen Anprüchen an die Staatskassiere. Der Etat für 1906 werde in Übernahme und Ausgabe mit fast 3 Milliarden abschließen. Die bessere Neuverpackung der Domänen sei eine Beförderung der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Bestimmte neue Steuern seien vorgezogen in der Neuverwaltung, der Zollverwaltung, der Justizverwaltung und der Eisenbahnverwaltung, für den Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin seien 900 000 Mark verlangt. 50 Millionen Mark würden für den Umbau von englischen Straßen in den nächsten Jahren notwendig gefordert werden. Die Ueberschüsse des Reiches und die Materiallastbeiträge hätten sich die Lage. 84 Millionen seien ausgerechnet zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten. Zur Aufhebung der Besätze der Kanäleigenschaft bei der Justizverwaltung seien 400 000 Mark in den Etat eingestellt, während den Kanälern nach längerer Dienstzeit die volle Pensionen zugesichert werden sollen. Weiter hob der Minister die im Etat geforderten höheren Stellenzulagen für die Berliner Schulpfleger hervor. Aus dem Kultusrat führte Herr v. Alvensleben die für Bismarck, Behring und in Oden, geplanten Unterstützungen und Gehaltsaufhebungen, sowie die Erhöhung von 7 neuen Lehrern und 6 neuen Pensionen an. Er schloß ab. Zum Schluß betonte er, daß die Wünsche der Lehrer und Lehrerinnen, besonders im Osten, wesentlich aufgegeben werden sollen. Nach der Rede des Finanzministers vertagte sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr, um dann die Etatsberatung zu beginnen.

Es handelt sich jetzt bei den Bestrebungen der Majoritätspartei des preussischen Abgeordnetenhauses zugleich mit den Staatsverhandlungen auch die Beratungen über die gesamten übrigen größeren Vorlagen inkl. des Schulunterhaltungs-gesetzes zu konzentrieren, keineswegs mehr um einen bloßen Fäuler, sondern man will es gegen den Widerspruch der Parteien der Linken versuchen, den in seine Einzelheiten bereits festgestellten Konzentrierungsplan durchzuführen, und will auch vor einer Majoritätsfrage der widerstrebenden Parteien nicht zurückweichen. Bis zum 6. April sollen neben dem Etat alle diese Gesetze, Schulunterhaltungs-gesetz, Einkommensteuerverordnung, Kreisabgabengesetz u. v. von dem Abgeordnetenhaus erledigt sein, damit sie sofort an das Herrenhaus gehen können. Für die zweite Lesung des Schulunterhaltungs-gesetzes im Plenum haben die Väter dieses schlaun Hebranten gnädigst ganze vier Tage bewilligt. Es ist also gekommen, wie wir es unmittelbar nach der ersten Lesung des Schulunterhaltungs-gesetzes vorausgesehen haben. Die Majoritätspartei, inkl. des Zentrum, und wie es scheint, lieber auch eines Teiles der Nationalliberalen, haben sich von dem in Verschleppungseinkünften — wurde die verfloßene Kanalvorlage — wie in der Durchreisungsstrategie gleich gut bewanderten Herrn von Jeditz ins Schlepptau nehmen zu lassen und wollen noch vor Ostem mit allen diesen Vorlagen reinen Tisch machen. Ob ihnen das bezüglich des Schulunterhaltungs-gesetzes so leicht gelingen wird, wie die Herren anzunehmen scheinen, wird erst noch abzuwarten sein.

Wie am Dienstag im Reichstage verlaute, soll die Duell Interpellation des Zentrum noch in dieser Woche, wahrscheinlich am Donnerstag oder Freitag zur Verhandlung kommen.

Volkswirtschaftliches.

Die Besserung der Lage der Landwirtschaft geht mit Deutlichkeit aus der kürzlich dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Nachweisung über die Ergebnisse der Neuverpackungen der im Jahre 1905 pachtfrei gewordenen und der im Jahre 1906 pachtfrei werdenden preussischen Domänen hervor. Danach ist bei den 52 Neuverpackungen im Jahre 1905 pachtfrei gewordenen Domänen, über die diese Nachweisungen entfallen, der im Durchschnitt auf 1 Hektar entfallende Pachtzins von 32,85 Mk. in der letzten beiden 18-jährigen Pachtperiode auf 35,04 Mk. bei der Neuverpackung gestiegen, und die Gesamteinnahme aus den wiederverpackten Domänen hat sich daher — trotz der Verminderung der Domänenfläche von 26 081 auf 25 879 Hektar — um 50 255 Mk., nämlich von 856 879 auf 907 134 Mk. erhöht. Rückgänge des Pachtverhältnisses ergeben unter diesen 52 Neuverpackungen nur 19. Ganz besonders groß ist die durchschnittliche Erhöhung des Pachtzinses in der Provinz Posen; er stieg hier pro Hektar von 16,50 auf 22,41 Mk. Auch bei den bisher erfolgten 51 Neuverpackungen 1906 pachtfrei werdenden Domänen ist der im Durchschnitt auf ein

Hektar entfallende Pachtzins von 33,49 Mk. in der letzten Pachtperiode auf 36,11 Mk. bei der Neuverpachtung gestiegen, und die Gesamteinnahme erhöhte sich bei einer nur unbedeutenden Vergrößerung des Flächeninhalts (von 20 017 auf 20 026 Hektar) von 670 347 auf 723 217, also um 52 870 Mk. Auch bei dieser Serie war die Steigerung des Pachtpreises in der Provinz Posen sehr stark (von 18,50 auf 23,17 Mk. pro Hektar). Nicht minder groß und teilweise noch größer war sie aber auch in anderen Provinzen. So stieg der Pachtpreis in Pommern von 24,23 auf 28,05 Mk., in Schleien von 29,08 auf 34,31 Mk., in Hannover von 53,18 auf 57,15 Mk. und in der Provinz Brandenburg sogar von 21,52 auf 27,26 Mk. Rückgänge des Pachtzins ergaben von diesen 51 Neuverpachtungen nur 10, doch sind sie zumeist nur ganz unbedeutend, und in dem einen Fall, wo die Herabsetzung des Pachtzins für einen Hektar erheblicher ist, nämlich von 113,74 auf 97,17 Mk. (Domänenverwalt. Egeln im Kreise Bismarck), liegt der ganz spezielle Grund vor, daß die betreffenden Ländereien notorisch rüden- und fast die Hälfte wohl keinen Zweifel, daß die Steigerung der Pachtzins besonders für die 1906 pachtlich gewordenen Domänen und die gleichzeitig konstatirte lebhaftere Konkurrenz der Pachtlichkeits eine Folge des Zutretens der höheren agrarischen Zölle in diesem Jahre ist. Ebenfalls haben die Händler des Abgeordnetenhauses jetzt wahrscheinlich keinen Anlaß mehr, über die Notlage der Landwirtschaft zu jammern, denn die Resultate der Domänenverpachtungen, die eine bereite Sprache führen, würden sie sofort Lügen strafend.

*) Amerika und die Fleischnot. Wie aus Washington gemeldet wird, machte das Ackerbaudepartement dem Kongress eine Vorlage betreffend Vermehrung der Fleischbeschaubeamten. Es soll dadurch eine Steigerung der Absatz für Schweinefleisch möglich gemacht werden, weil dieses jetzt im Auslande infolge gestiegener Nachfrage höhere Preise erzielt.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 8. Jan. Wie der Generalsekretär des deutschen Fischereivereins Fischer-Berlin hier in der vorläufigen Konferenz des provinziell-fischereifischen Fischereivereins mitteilte, soll der Nachschuß in der Elbe, die man, rationell betrieben, für nicht unrentabel hält, in Zukunft vermehrte Aufmerksamkeiten zugewendet werden. Man will in diesem Jahre 1 Million Brut aussetzen.

† Weisenfels, 10. Jan. Für den Verkehr über die eiselaufende Saalebrücke tritt mit dem 15. Januar ein neuer Tarif in Kraft, nach welchem auf ein Fahrrad pro Sitz ein Brudengeld von 3 Pf. erhoben wird; für Automobile und Motorräder schwankt es zwischen 8 und 30 Pf.

† Zeitz, 8. Jan. Auf der Grube „Höhrn“ bei Mümsdorf geriet der Bremser Adolf beim Umlippen eines Wagens zwischen die anderen Wagen, wobei ihm beide Beine vollständig zerquetscht wurden. — In Teuchern hängte sich wegen Vorbaltungen seiner Eltern an zehnjähriger Knabe auf; er konnte nicht rechtzeitig in das Leben zurückgerufen werden.

† Ebale, 9. Jan. Während hier ein Arbeiter an der Schleifmaschine beschäftigt war, sog der Schleifstein auseinander und der Arbeiter, Vater von 5 Kindern, gegen den Kopf. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb er.

† Wittenberg, 10. Jan. Als Sonntag nachmittag mehrere Schulknaben mit einem mit vier scharfen Patronen geladenen Revolver spielten, trachte plötzlich ein Schuß, und die Kugel drang dem Schulknaben Kaufmann in die linke Wade, unmitttelbar unter dem Auge. Die Verletzung ist schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich.

† Magdeburg, 9. Jan. In Zahlungsstörungen ist das Kaufhaus Alfred Levin & Co., hier, infolge der durch das Ableben des Teilhabers E. L. Jacob entstandenen Schwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten stellen sich laut „Conf.“ auf 250 000 Mark. Die Gläubiger beschloßen, einen außergerichtlichen Vergleich herbeizuführen. Kaufmann Jacob, der sich in seinem Berliner Bureau erkundigte und erfuhr, befragte für das Haus Alfred Levin & Co. die Einfuhr, während Herrn Levin die Geschäftsführung in Magdeburg oblag. Zur Vergleichung laufender Rechnungen hatte Jacob aus den Einnahmen des Warenhauses 114 000 Mark erhalten, verlor sie aber im Spiel in einem Lokal, zum Teil an einen Hauptmann a. D. Da seine Spielideenhaftigkeit unbedeutend bekannt geworden war, hatte er nicht mehr den Kredit, um sich die Summe wieder zu beschaffen. In einem Abschiedsbrief ermahnte Jacob seine Kinder, die er seiner Hausdame anempfohl, nicht in ihrem Leben eine Karte anzunehmen.

† Dornburg a. S., 9. Jan. Einen Streif der Schulfinder aus nichtigen Ursachen gab es im vergangenen Jahre in Studnitz. Die Eltern, die das Verhalten der Kinder begünstigten oder doch

nicht verhinderten, müssen nun für die Taten ihrer Kinder büßen. Jedem beteiligten Hausvater ist nämlich jetzt ein Strafbescheid über 3 bis 10 Mk. zugestellt worden.

† Dornberg (Sachz. Weimar), 10. Jan. Sonntag abend kam es auf dem hiesigen Bahnhofe zu einer Schlägerei zwischen deutschen und französischen Bahnarbeitern, bei der etwa 10 Personen verletzt wurden, davon 3 sehr schwer.

† Tambach, 10. Jan. Durch Ueberheißung eines Ofens entstand am Sonntag in einem Hause in der Schmalkaldenstraße Feuer, wodurch zwei Anwesen vollständig und von einem dritten das Wohnhaus zerstört wurden.

† Bom Brocken, 8. Jan. Am 5. und 6. herrschte auf dem Brocken Tauwetter, begleitet von starken Regenschauern, und das Maximum erreichte an beiden Tagen 2° Wärme. Der dicke Nebel, der seit dem 4. früh den Brockengipfel fast vollständig eingehüllt hat, hält immer noch an. In der Nacht zum 7. nahm der Südwestwind wieder stürmischen Charakter an, und am Sonntag tobte hier ein heftiger Schneesturm bei 2—4° Kälte. Am Sonntag rasste der Südweststurm den ganzen Tag mit einer Geschwindigkeit von 27 m in der Sekunde; in der letzten Nacht ist der Wind nach Süd herumgegangen. Der andauernde Nebel und Frost brachten von neuem sehr starken Raubfrost. Heute mittag 12 Uhr zeigt das Thermometer —3° und das Barometer hat um dieselbe Zeit 641 mm erreicht. Für Skifahrer sind die Wege im Oberharz ziemlich gut, für Fußgänger dagegen anstrengend und beschwerlich.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 11. Januar 1906.

*) Wichtige Submissionsbestimmungen sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten erlassen worden. Die ortsangehörigen Gewerbetreibenden sollen vorzugsweise berücksichtigt, und auch kleineren Gewerbetreibenden und Handwerfern die Beteiligung ermöglicht werden. Die niedrigste Gebotsforderung darf für den Zuschlag keineswegs den Ausschlag geben; er darf vielmehr nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der Leistung gewährleistendes Gebot erlaßt werden. Es sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, welche für die bedingungsmäßige Ausführung sowie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern und Arbeitern Sicherheit bieten. Bewerber, von denen der ausübende Behörde bekannt ist, daß sie ihren Vertragspflichten nicht nachzukommen pflegen, sind ausgeschlossen.

*) Fürsorge für unsere Afrika-Reiter. Der Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft bietet um Nachweis von Stellungen, die Aussicht auf Begründung einer Existenz bieten für unsere aus Südwestafrika heimkehrenden Krieger.

*) Die Handelskammer und die neuen Steuervorlagen. Dem Beispiel der Handelskammern anderer Bezirke folgend, wird aller Voraussicht nach die Handelskammer zu Halle auch Stellung nehmen zu den neuen Steuervorlagen. In der zweiten Hälfte des Januar findet die übliche Vollversammlung der Handelskammer statt. In dieser Sitzung soll der Antrag auf Fassung einer Resolution gegen die Steuervorlagen gestellt werden von denen eine Erleichterung des Handel und des Verkehrs befürwortet wird.

*) Hebdern schliefen. Wenn Schnee und Eis oder kaltes Schlackewetter den Feldarbeiten ein Ende gemacht haben, wenn das erste Winterschnein geschlagen und die letzte Garbe ausgedroschen ist, dann beginnt für den Landmann eine Zeit der Ruhe, eine wohlverdiente, nach der nie rastenden Arbeit, die das ganze Jahr von ihm verlangt. Dann gönnt er sich den so seltenen Luxus eines längeren Morgen schlafes und des Abends eines ausgelegteren Wirtshausbesuches. Da wird dann das Wohl der Gemeinde, der Kirche und des Vaterlandes gründlich durchberaten und an ihm liegt es wahrlich nicht, wenn die Welt noch nicht besser geworden ist. Was aber fangen an diesen langen Abendstunden die Frauen an, die doch auch ihren Anteil zum allgemeinen Besten beitragen wollen, denen aber — ausgenommen an Tanzsonntagen — der Besuch des Wirtshausbesuches durch die Sittlichkeit verboten ist? Es wäre doch nicht nur unbillig, sondern geradezu gesundheits-schädlich, wenn sie die guten Gedanken, die sich bei ihnen aufbewahren, bei sich behalten sollten. Da ist es als ein lohnendes Glück zu betrachten, daß die Gänse Federn und keine Haare haben, denn diese könnte man nicht reizen. Federn aber müssen gerissen oder geschliffen werden, und da das ein sehr langweiliges Geschäft ist, wenn man's allein verrichten muß, so ist es ganz natürlich, daß Nachbarninnen, Freundinnen und Gewaiterinnen sich zusammenruhen, um durch gemeinsame Tätigkeit und gute Reden die Arbeit schneller und angenehmer zu erledigen. Was es nun neues gibt, Wahrheit und Dichtung, das wird beim „Hebdern schliefen“ gründlich besprochen, und da nicht sämtliche Be-

wohner anwesend sein können, fehlt es auch nie an Gesprächsstoff. Sei, wie fink die Hände sich regen, und das Häuflein auf jedem Plage sich vergrößert, und wie fink die Jungen gleichen Schritt halten mit den fleißigen Händen! Einen merkwürdigen Anblick gewährt die Versammlung, denn dicht ist das Haar verhäult, auch das Kleid deutet eine weite Verweilung. Die Arbeit wird gratis geleistet, nur dafür hat die Hausfrau zu sorgen, daß jedes Wasser auf der Mühle ist, d. h. die Kaffeekanne nicht leer wird. Daß es dau Ruchen gibt, ist selbstverständlich. Der Gimbos-taffo von Federbetten aber, der den Stolz der Hausfrau bildet, wächst wieder um ein beträchtliches. Wogu diese Bettenberge dienen, ist freilich ein noch ungelöstes Rätsel. Aber es ist doch gut, daß man sie hat, denn man kann sie vielleicht doch einmal gebrauchen.

G. Mädchenbildung. Die Befreiungen, den Mädchen eine höhere Bildung zu verschaffen, als die Schule sie bietet, haben von Jahr zu Jahr einen lebhafteren Aufschwung genommen, zumal seitdem ein besonderer Verein (Frauenbildung — Frauenstudium) sich ihre Forderung zur Aufgabe gemacht hat. Dem soeben erschienenen Bericht über seine 7. Mitglieder-Versammlung zu Göttingen entnehmen wir folgende Daten, die gewiß weitere Kreise interessieren werden. Es gab Oftern 1905 an 22 Orten Deutschlands 25 Gelegenheiten für junge Mädchen, sich Gymnasialbildung anzueignen. Es bestanden 3 humanistische Gymnasien (Karlsruhe, Köln und Stuttgart), 5 Realgymnasien (Berlin, Breslau, Charlottenburg, Dresden, Schöneberg) und 1 Oberrealschule (Mannheim). Diese Anstalten nehmen Schülerinnen von 11—14 Jahre an auf. Die Dauer des Unterrichts beträgt fast ausnahmslos 6 Jahre. Erst nach Absolvierung einer höheren Mädchenschule nehmen auf die 11. sog. „Kurse“, von denen einer (München) humanistischer Lehrgang hat, während die übrigen (Berlin, Bonn, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kassel, Leipzig, Schöneberg und Straßburg) realgymnasialen Lehrgang befolgen. Die Unterrichtszeit beträgt 1½—5 Jahre. Einzelne Klassen, die vorläufig noch nicht bis zum Abiturium führen, bestehen in Elberfeld, Erfurt, Königsberg (2) und Weimar. Besucht werden alle diese Anstalten von 1195 Volksschülerinnen und 26 Hofstättinnen. Das Abiturientenexamen haben bisher bestanden 228. Erhalten oder unterzogen durch Einat oder Kommunen werden 12 Anstalten, während 13 sich selbst erhalten, oder auf Privatanstaltungen angegliedert sind. Das Schulgeld beträgt zwischen 75 Mk. (Mannheim) und 450 Mk. (München).

Wetterwaite.

Voraussehtliches Wetter am 11. Jan.: Ein wenig kälteres, abwechselnd heiteres und wolfiges, windiges Wetter mit Niederschlägen und Schauern. — Abends friert es ein wenig. — 12. Jan.: Früh etwas Frost, Reif, ziemlich heiter. Nachher Trübung, wärmer, windig, Regen.

Vermischtes.

*) Ein Geschenk des Kaisers (zu Kaiser Wilhelm) in der neuen lutherischen Kirche in New-York eine Mädel zum Geschenk, die in einem silberbeschlagenen Behälter liegt und auf dem Titelblatt die eigenhändige Widmung des Kaisers trägt: „Wilhelm I. K. Es ist der Glaube eine gewisse Zuversicht des, daß man hoffen und nicht zweifeln an dem, das man nicht feht.“

*) Der frühere Generalkonsul der sächsischen Armee, Generalmajor Bartb, Kommandeur der 6. Infanteriebrigade Nr. 64, erlitt Montag früh in Dresden dadurch einen Unfall, daß sein Pferd von einem Straßenbahnwagen angefahren und umgeworfen wurde. An den Beinen und den Hüften verletzt, wurde der General nach seiner Wohnung gebracht.

*) Volkszählung. Eine vollständige Zusammenstellung der Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1905 weist für das Bergsgemeinde Sachsen-Meiningen eine Bevölkerungsziffer von 268 869 nach gegen 260 731 am 1. Dezember 1900. Nach dem vollständigen Ergebnis der Volkszählung am 1. Dezember 1905 betrug die Einwohnerzahl des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt 96 830 gegen 93 059 bei der Zählung am 1. Dezember 1900. Die Zunahme bringt also 3771 Personen.

*) Doppelfelbimord auf der Hochseilstraße. Ein junges Ehepaar sprang, wie aus Köln gemeldet wird, in den Rhein zu hängen, beide ertranken, ehe Rettung gebracht werden konnte. Ein Schiffer eines im Rheinhafen ankommenden Schiffes hörte zum Glück; er fuhr mit einem Boot den Rhein nach und sah einen Mann und eine Frau auf dem Wasser treiben. Beide waren aber bereits tot.

*) Da werden Weiber zu hängen. In einem niederösterreichischen Dorfe würdigen sich dieser Tage, wie dem Brauereibesitzer Schmittmayer mitgeteilt wurde, zwei Frauenzimmer, daß, daß die eine an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

*) Das lenkbare Luftschiff Lebaudy's ist Sonnabend am 11. im französischen Mittelmeer übergeben worden und wird in Zukunft in Tunis hängen. Es soll binnen 48 Stunden gebrauchsfähig sein.

*) Ueber einen recht bedauerlichen Schiffsunfall wird uns aus Brüssel, 9. Januar, gemeldet: Bei der Unternehmung der von Dampfer „Martha“ in der Nordsee steuerlos und ohne Besatzung angehenden englischen Bark „Love and Unity“ erfolgte im Boten eine gewaltige Explosion. Zwei Matrosen verbrannten. Brauereibesitzer Schmittmayer entzündete eine Wirt, von der mehrere Verhaftungen in Klammern aufgingen.

*) (Schule einer deutschen Schule). Die deutsch-schulvereins-Schule in Böhm-Trübau, die schon zu

Breslau, 10. Jan. Der Provinziallandtag genehmigte einstimmig die Garantie für die finanzielle Sicherung der Oder-Kanalisation von der Reueinleitung bis Breslau.

Paris, 10. Jan. Die Verkündigung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl in der Deputiertenkammer wurde von allen Gruppen mit Ruhe aufgenommen. In den Verhandlungen der Kammer wird von radikalen Deputierten erklärt, das angebotene der geringen Mehrheit, die Doumer erlangt, die Wahl Fallières zum Präsidenten der Republik nimmere als gesichert angenommen werden könne, da Fallières so ziemlich auf alle Parteien zugefallen Stimmen und überdies auch auf ungefähr 200 Senatsstimmen rechnen könne.

Madrid, 10. Jan. Der spanische Botschafter beim päpstlichen Stuhl, Marquis de Tovar, ist hier eingetroffen und hat den päpstlichen Dispens überbracht, in dem die Erlaubnis zur Heirat der Infantin Maria Theresia mit ihrem Vetter, dem Prinzen Ferdinand von Bayern, ausgesprochen wird.

Kattowitz, 10. Jan. Zwei Kofasien, die auf der Eisbahn in Strehemische 4 Studenten ver-

hassten wollten, wurden von Arbeitern getötet. Zwischen einer hinführenden Kofasien-Abteilung und den Arbeitern kam es zu einem regelrechten Gewehrfeuer, durch das drei Kofasien und drei Arbeiter getötet wurden.

Warschau, 10. Jan. Der Stadtrathpräsident teilte den Bürgervertretern mit, der Generalgouverneur lehne kategorisch ihre Forderung auf Aufhebung des Kriegs-zustandes ab. Dies sei erst möglich nach völliger Verhängung des Landes. Die Bürgervertreter stellten die Forderung auf, den Wahlberechtigten zur Duma Freigang, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit zu gewähren. Die deutsche Lodz-er Zeitung ist verboten worden; ihre Maschinen wurden versegt.

Belgrad, 10. Jan. „Stampa“ zufolge sollen in der kaisertlichen Waffenfabrik Kragujevac große Waffendiebstähle entdeckt worden sein. Die Diebstähle seien angeblich im Einvernehmen mit dem Fabrikdirektor verübt und die entwendeten Gewehre zu hohen Preisen an Albanesen verkauft worden. Der Direktor sowie ein an den Diebstählen beteiligter Waffenschmied sind verhaftet worden.

Shanghai, 10. Jan. (Neuerisches Bureau.)

Die von den fremden Kriegsschiffen ausgeschifften Schwabacher sind zurückgezogen und die Zufuhren in der Stadt wieder völlig normal.

Tokio, 10. Jan. Wlomo Kofi ist zum Botschafter in Washington ernannt worden.

Waren- und Produktendörfer.

Berlin, 9. Januar. Weizen 1000 kg Mai 188,50 Juli 191,00, Sept. —, Mt. Roggen 1000 kg Mai 175,00 Juli 175,50, Sept. —, Mt. Hafer 1000 kg Mai 163,00, Juli 165,00, Mt. Weizen 1000 kg Mai 51,20, Okt. 53,20 Mt.

Das den Saaten nicht förderliche Regenmeter sowie die Zurückhaltung Rußlands haben neben den von den Fonds-börse herrührenden politischen Verunsicherungen hier bei anstehenden Preisen zu Deckungen angeregt. Alle Artikel war z 1/2 Markt höher. Müllol auf Paris feier.

Leipzig, 9. Januar. Weizen 1000 kg Weizen imland 167-176, ausl. 190-200, Mt. Roggen imland 168-179 ausl. 178-180, polener preuß. —, Mt. Gerste tiefer Braugerste 165-180, Weizen- und Futtermaiz 142-160. Hafer imland, 166-172, ausland, 161-178, Mt. Mais amerlandischer 140-144, runder 140-144, Siammaiz 155-178, indischer —, Rapsfrüchte per 100 kg netto 12,00-12,50 Rüböl, rohes, per 100 kg netto ohne Fass, 48,50 nominell behauptet. Weizenmehl 00 25,50 Weizenmehl 01 25,00.

Anzeigen.

Für Meilen Teil übernimmt die Redaktion den Abdruck gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Seitern abend 8 Uhr entlichlich plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unter großer Water, Grippe und Schmeigeverater, der Güte beßter und Minderwörter.

Friedrich August Ritter.

Dies zeigen mit der Bitte um süßes Weis selb überlebens an

Die trauernden Hinterbliebenen. Groß-Gorbetha, den 9. Januar 1906. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 Uhr in Groß-Gorbetha statt.

Dank.

Schönsten Dank sagen allen meinen Freunden und Kollegen für die liebevolle Teilnahme und Begleitung, auch dem Landwehrereiter für das ehrenvolle Geleit anlässlich der Beerdigung unseres lieben Vaters.

Die tiefbetrübten Geschwister **Vonauhs.**

Die Beerdigung unseres lieben Vaters

findet Donnerstag nachm. 3 Uhr vom hies. Kranlenhanke aus statt.

Familie Süßel.

Die Stelle eines **Vollziehungsbeamten** ist sofort und unverzüglich zu besetzen. Anwärter sind einjährig Vollzugsgelehrte, nicht über 450 Mt. Militärkandidaten wollen sich schriftlich melden. **Merseburg, den 6. Januar 1906.**

Der Magistrat.

Der Verbaunungsplan für die Gärtenbergstraße ist insofern abgeändert, als für die bittliche Seite dieser Straße vorgeschlagen sind. Der abgeänderte Plan liegt vom 13. d. Mt. ab bis zum 13. Februar ex. in Kommunal-bureau zu Jedermanns Ansicht offen. Einwendungen gegen denselben sind während dieser — präklusivfrist — Frist bei uns einzubringen. **Merseburg, den 9. Januar 1906.**

Der Magistrat.

Die Stadtvorordneten-Versammlung hat für das laufende Jahr Herrn **August Waage** zu ihrem Vorsteher, Herrn **Gregor Pieper** zu dessen Stellvertreter, Stadtvorordneten **Heine** zum Schrift-führer und **Gen. Komm. Selt.** **Eichardt** zu dessen Stellvertreter gewählt. **Merseburg, den 10. Januar 1906.**

Der Magistrat.

Die Gemeinde Witten sucht zum 1. April 1906 einen Schiefer, welcher gleichzeitig das Nachwachsbienst und das Gänsehüten mit übernimmt. Geeignete Bewerber haben sich bei dem Gemeindevorsteher hierselbst zu melden. **Witten, den 8. Januar 1906.**

Der Gemeindevorsteher.

Wohnung 2. Etage, Vorderhaus, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Wandkammer und Zubehör, ist 1. April oder 1. Juli bezugsbar.

Burkstraße 8.

Freundliche Wohnung, Vorderhaus, 2. Etage, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche nebst Zubehör, zum 1. April d. J. zu beziehen, pausend für 2-3 Personen. Näheres in der Exped. d. Bl.

St. Ritterstraße 3

ist die 1. Etage zu vermieten und 1. April ab, 1. Juli zu beziehen.

Weissenfelserstr. 3.

am herrlichen Götterhardsteich, ist die 1. Etage zu vermieten.

Sustax Engel.

Eine freundliche Wohnung zu vermieten und 1. April zu beziehen. **Friedberg 23.**

Altenburger Schulplatz 6 ist die größte Hälfte der 1. Etage sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen. Näheres im Restaurant.

Eitzberg 35 sind 2 Wohnungen zu vermieten und 1. April zu beziehen. Zu erfragen bei **A. Reichel, Burgstraße 10.**

Soeben erschienen Modell 1906 mit bedeutenden Verbesserungen!

Kein Blaken! — Kein Russen mehr!

4 D.-R. Patente.

„A. B. C.“-Brenner

für

Petroleum-Glühlicht

Mk. 5.50

kpl. m. Dauerstrumpf, Zylinder u. Docht Brennt heller wie Gasglühlicht und verbraucht dabei nur für ca. 1 Pfennig Petroleum pro Stunde.

Kein Verschneiden, kein Putzen des Dochts; es gelangen anscheinbar Brenneringe von grosser Haltbarkeit zur Verwendung. Der Brenner ist so einfach, dass er von einem Kinde bedient werden kann, daher der Name „A. B. C.“ Passt für jede vorhandene 10“ u. 14“ Lampe und mittels Zwischeneingang auf jedes andere Bassin.

Mustergiltig in Handhabung u. Brennweise! Das rationellste Licht der Jetztzeit!



11/10“

Allein-Verkauf für Merseburg und Umgegend:

Paul Ehlert, Aug. Perl.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Gebe Brenner auch probeweise ab. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Richard Schumann,

Dom I. Fruchthandlung, Dom I.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Empfehle in nur guter Ware zu äusserst billigen Preisen:

- Aufsetzinnen, süße, Std. 4 Pfg. Dhd. 45 Pfg.
- Aufsetzinnen, süße, Std. 5 Pfg. Dhd. 48 Pfg.
- Aufsetzinnen, süße, Std. 7 Pfg. Dhd. 68 Pfg.
- Zitronen, große schöne Früchte, Std. 6 Pfg. Dhd. 58 Pfg.
- Zafeläpfel, hochfeine Ware, Pfd. 30 und 35 Pfg.
- Almeria-Weintrauben, sehr süß, Pfd. 58 Pfg.
- Gedmaronen, gesunde Ware, Pfd. 35 Pfg.
- Feigen
- Eateln (neue)
- Schmalz, feinster, 1,20 Mt.
- Franken-Käse, sehr schöne, 30 Pfg.
- Kaffee-Milch (frisch) von 30 Pfg. an.
- Äpfel, sehr schöne Früchte, je nach Größe, zu äusserst billigen Preisen.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Ein sehr großer Transport prima ostfriesischer, hochtragender

Färsen.

sowie sprunghäufiger Bullen ist bei mir eingetroffen.

L. Nürnberger.

- Eine Wohnung an ruhige Leute zu vermieten. Preis 180 Mt. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.
- Kleine Holzwohnung, Küche, Küche, Kammer, Stad., bestehend für ein Paar ältere ordentliche Leute, zum 1. April zu vermieten.
- Wohnung mit Zubehö zu vermieten und 1. April zu beziehen.
- Ein Logis für 10-12 Leute ist zu vermieten und 1. April zu beziehen. Gefälligstigenfalls erfragen in der Exped. d. Bl.
- Wohnung, 2 Stuben, 3 Kammern, Speisekammer, Küche nebst Zubehör und Gartenbenutzung zu vermieten und 1. April 1906 bezugsbar. Zu besichtigen mittags von 11 bis 1 Uhr.
- Wohnung, 2. Etage, Vorderhaus, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Manfardenzimmer und Zubehör, ist 1. April bezugsbar.

Beantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Christianenstr. 1 sind bessere Wohnungen zu vermieten und 1. April zu beziehen. Barterre-Wohnung 400 Mt., Manfarden-Wohnung 180 Mt., Manfarden-Wohnung 60-100 Mt.

An der weißen Mauer sind Wohnungen 1. Juli zu beziehen. 2. Etage 300 Mt., Manfarden-Wohnung 200 Mt. Zu erfragen bei **Fr. Dietrich, gr. Ritterstr. 17.**

Frei. Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche und sonstigen Zubehö, fortzugsfähig per 1. April zu vermieten.

Unteraltersburg 26 L.

Ein Logis, Küche und Kammer, Preis 26 Taler, ist an einzelne Leute sofort oder 1. April zu vermieten.

Ein kleines Logis, bestehend aus Küche, Kammer und Küche, an einzelne Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen.

Zu erfragen **Steinstr. 7, 1 Tr.**

Eine Wohnung, Küche, Kammer u. Küche, für 30 Tlr. zu vermieten und 1. April zu beziehen.

Eine Stube, für einzelne Person passend, zu vermieten und 1. April zu beziehen.

Heumarkt 45. Gr. Barterre-Stube an einzelne Person zu vermieten und 1. April zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gutes Zinshaus

in Galle a. S., liegt bei den französischen Siedlungen an der Brennebene gelegen, erbtungsfähig für 50000 Mt. zu verkaufen. An Pausen ruhen 21000 Mt. auf dem Grundstück. Angebote erbeten unter **NN** an die Exped. d. Bl.

Geschäftshaus

mit großem Laden, beste Lage der Stadt, für jedes Geschäft geeignet, bei 5-6000 Mt. Anzahlung zu verkaufen. Näheres kostenlos durch **W. Hirschfeld, Silberstraße 11a.**

22000 Mark

als 1. Hypothek auf ein neuerbautes Wohnhaus sofort oder 1. April gefucht. Werte Offerten unter **M 20** an die Exped. d. Bl. erbeten.

1 älteres gutes Arbeitspferd, kleiner Belgier, frucht mit Pflanz, nebst zu verkaufen in **Wraunsdorf, Gut Nr. 18.**

Waschmaschine,

noch gut erhalten, für 12 Mt. zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Größerer Zughund

zu lauten gefucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Mastrindfleisch!

Kochfleisch a Pfd. 55 Pf., Bratenfleisch a Pfd. 65 Pf. empfehlen fortwährend **L. Nürnberger.**

„Repa“

das allerbeste, erfolgreichste **Schnupfen-** Lindungs- und Erfrischungsmittel, ist allein erhältlich a Dole 30 Pfg. bei **Richard Kupper, Central-Drogerie, Markt 10.**

Der beste Dünger ist Bern-Guano,

„Füllhornmarke“, der sich seit 40 Jahren bei allen Kulturen vorzüglich bewährt hat.

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 60 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk. Einschlagsnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Gew.-u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher ebenfalls 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile pro 1000 Mal, außerorts 15 Pf., für die zweite Zeile 10 Pf., für die dritte Zeile 8 Pf., für die vierte Zeile 6 Pf., für die fünfte Zeile 5 Pf., für die sechste Zeile 4 Pf., für die siebte Zeile 3 Pf., für die achte Zeile 2 Pf., für die neunte Zeile 1 Pf., für die zehnte Zeile 1 Pf., für die elfte Zeile 1 Pf., für die zwölfte Zeile 1 Pf., für die dreizehnte Zeile 1 Pf., für die vierzehnte Zeile 1 Pf., für die fünfzehnte Zeile 1 Pf., für die sechzehnte Zeile 1 Pf., für die siebzehnte Zeile 1 Pf., für die achtzehnte Zeile 1 Pf., für die neunzehnte Zeile 1 Pf., für die zwanzigste Zeile 1 Pf., für die einundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die vierundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die achtundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die neunundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die dreißigste Zeile 1 Pf., für die einunddreißigste Zeile 1 Pf., für die zweiunddreißigste Zeile 1 Pf., für die dreiunddreißigste Zeile 1 Pf., für die vierunddreißigste Zeile 1 Pf., für die fünfunddreißigste Zeile 1 Pf., für die sechsunddreißigste Zeile 1 Pf., für die siebenunddreißigste Zeile 1 Pf., für die achtunddreißigste Zeile 1 Pf., für die neununddreißigste Zeile 1 Pf., für die vierzigste Zeile 1 Pf., für die einundvierzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die vierundvierzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundvierzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundvierzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundvierzigste Zeile 1 Pf., für die achtundvierzigste Zeile 1 Pf., für die neunundvierzigste Zeile 1 Pf., für die fünfzigste Zeile 1 Pf., für die einundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die vierundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die achtundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die neunundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die sechzigste Zeile 1 Pf., für die einundsechzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundsechzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundsechzigste Zeile 1 Pf., für die vierundsechzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundsechzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundsechzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundsechzigste Zeile 1 Pf., für die achtundsechzigste Zeile 1 Pf., für die neunundsechzigste Zeile 1 Pf., für die siebenzigste Zeile 1 Pf., für die einundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die vierundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die achtundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die neunundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die achtzigste Zeile 1 Pf., für die einundachtzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundachtzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundachtzigste Zeile 1 Pf., für die vierundachtzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundachtzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundachtzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundachtzigste Zeile 1 Pf., für die achtundachtzigste Zeile 1 Pf., für die neunundachtzigste Zeile 1 Pf., für die neunzigste Zeile 1 Pf., für die einundneunzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundneunzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundneunzigste Zeile 1 Pf., für die vierundneunzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundneunzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundneunzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundneunzigste Zeile 1 Pf., für die achtundneunzigste Zeile 1 Pf., für die neunundneunzigste Zeile 1 Pf., für die hundertste Zeile 1 Pf.

Nr. 8.

Donnerstag den 11. Januar 1906.

32. Jahrg.

Zur Lage.

Sowohl der Reichstag, als auch das preuß. Abg.-Haus haben am 9. Januar ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Dem Reichstag liegen an Material nicht weniger als 74 Vorlagen vor, dem Abg.-Hause nur sechs, darunter der Etat. Den Reichstagsmitgliedern wurde sofort das von der deutschen Regierung zusammengestellte Weisbuch über Marokko unterbreitet, welches den Nachweis erbringt, daß Frankreich unabhängig bemacht gewesen ist, unter „Vorpiegelung falscher Tatsachen“ und mit Hilfe von Drohungen und diplomatischen Beeinflussungen, Marokko unter seinen ausschließlichen Einfluß zu bringen. Das französische Gelbbuch schon konnte ja nicht umhin, anzugeben, daß Frankreich die marokkanische Polizei und Heeresmacht „reformieren“ wollte; aber erst das Weisbuch bringt die Details dieser Reformpläne, die über die Finanzen, den Handel und den Verkehr Marokkos unter die Kontrolle Frankreichs zu bringen trachteten. Zum Zwecke der Einschränkung des widerstrebenden Sultans, hatte der französische Gesandte dem Sultan weiß gemacht, er spreche im Namen Europas. Das französische Gelbbuch leugnet dies befallm, indem es behauptet, daß der Gesandte niemals dazu autorisiert gewesen sei. Das Weisbuch stellt es jedoch völlig klar, so daß man also annehmen muß, daß ein für Frankreich bestes Falle, Fallanbieder auf eigene Faust so gesprochen hat.

Das Weisbuch zeigt außerdem, daß dieser noch weiter gegangen ist und dem Sultan erklärt hat, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht (womit natürlich Deutschland gemeint war) sich zwischen Marokko und Frankreich stelle, und daß letzteres, wenn sich der Sultan nicht bald füge, die Reformen auf eigene Hand durchführen werde, also gegen den Willen des Sultans. Durch diese Entbllung ist die Behauptung des Gelbbuchs widerlegt, daß Frankreich lediglich zur Währung seiner berechtigten Interessen und zur Herstellung geordneter Zustände in Marokko bemacht gewesen sei. Wenn man Frankreich hätte gewähren lassen, so wäre, wie der deutsche Gesandte sich in einem Bericht ausdrückt, für den Handel und die Unternehmenszugnisse anderer Völker nur „drfelige Broten“ brig geblieben. Die deutsche Regierung aber hat, indem sie den Sultan veranlaßte, die Forderungen Frankreichs abzulehnen, nicht nur ihr eigenes gute Recht, sondern auch das aller anderen Staaten gewährt.

Die französische Regierung wird hierauf vor Beginn der Konferenz kaum noch etwas Triftiges erwidern können. Mit um so größerer Spannung aber sieht ganz Europa den Verhandlungen derselben entgegen. Vor dem Interesse an ihr ist sogar dasjenige für die Dinge in Rußland bedeutend zurückgetreten. Zweifello wiewohl es in Algeciras sehr scharfe Zusammenstöße zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs geben und werden die des letzteren alle Anstrengungen machen, das im Weisbuch gekennzeichnete und gerügte Vorgehen Fallanbier's mit der „besonderen Stellung“ des Algerien besitzenden Frankreich zu Marokko, der dort herrschenden chronischen Anarchie und der Unfähigkeit der scharifischen Regierung, derselben zu steuern, von neuem zu entschuldigen suchen.

Der Gegenstand zwischen der deutschen und der französischen Auffassung der Angelegenheit ist eben immer noch vorhanden und da der neue englische Minister des Aueren, Grey, erklärt hat, die Politik seines Vorganglers fortsetzen und auf der Konferenz die Forderungen Frankreichs unterhngen zu wollen, so könnte man schon der auf so manchen Seiten, besonders in Spanien, gehegten Befürchtung einige Berechtigung zusprechen, daß Fraktionen entstehen könnten, welche einen früheren Zusammenstoß unvermeidlich machen würden. Den Eintritt des letzteren Falles werden jedoch, man mchte sagen, nahezu berwndliche Hindernisse entgegen: 1. Die Friedfertigkeit der deutschen Regierung, welche unter der Bedingung der strikten Währung der

Ehre Deutschlands und der Sicherstellung der Gleichheit aller Nationen im Handelsverkehr mit Marokko, sich wohl nicht sträuben wird, der „besonderen Stellung“ Frankreichs zu diesem Lande einige Rechnung zu tragen. 2. Die notorische Unlust der Franzosen, sich mit Deutschland in einen neuen Krieg einzulassen, welche die Regierung zwingen wird, diese deutschen Bedingungen zu erfüllen und schließlich, wenn sich der Frieden anders nicht aufrechterhalten lassen sollte, ihre Forderungen wesentlich einzuschränken. 3. Der feste Einfluß der übrigen beteiligten Regierungen, zwischen den beiden Antipoden zum Zwecke der Herstellung eines beider Teile befriedigenden Ausgleichs zu vermitteln.

In erster Reihe hat sich Italien diese Aufgabe gestellt und es hat ihm Oesterreich-Ungarn dabei seinen aufrichtigen Beistand zugesagt. Diese beiden Mächte werden um so ausdauernder in dieser Richtung bemacht sein, weil sie fürchten, durch einen Krieg in Mitleidenschaft gezogen zu werden, aber nicht die geringste Neigung zu einer selbstigen Beteiligung in sich verspüren. Spanien scheint sich vertragsmäßig verpflichtet zu haben, die französischen Forderungen zu unterstützen. Dasselbe gilt auch von Portugal. Beide Brudersstaaten werden jedoch, so wenig wie England, ein Hindernis bilden, wenn Frankreich es angezeigt finden wird, der Währung des Friedens, in Form einer Reuktion seiner Ansprüche, Opfer zu bringen. Eine vermittelnde Tätigkeit wollen auch die kleineren Mächte entfalten, als Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien.

Von größerem Belang freilich ist der Umstand, daß die Politik der nordamerikanischen Regierung darin bestehen wird, zwar die Aufrechterhaltung der offenen Tür in Marokko zu fordern, im übrigen jedoch alle Anstrengungen zu machen, die Entwicklung einer Fission zwischen Frankreich und Deutschland, die den Weltfrieden gefährden könnte, zu verhindern. Denn auf die Friedensvermittlung versteht sich Präsident Roosevelt beinahe ausschließlich sehr gut.

Was nun Rußlands Stellung zum Marokkokonflikt anbelangt, so hat Graf Witte in der ersten Januar-Woche einem Press-Vertreter Gronungen gemacht, deren eigentlicher Inhalt zwar zwischen den Zeilen steht, aber doch unschwer zu verstehen ist. Witte sprach seine Ueberzeugung dahin aus, daß er von der frtlichen Politik Deutschlands überzeugt sei und nicht an einen Zwischenfall auf der Konferenz glaube, und er fügte hinzu: Die Regierung des befreundeten und verbündeten Frankreich verhalte sich gegen Rußland noch ebenso freundschaftlich und wohlwollend wie früher und das beruhe auf Gegenseitigkeit. Darin liegt die Versicherung, daß Rußland die französischen Forderungen unterstützen wird. Das ist vielleicht eine Garantie mehr für die Erhaltung des Friedens.

Ein Anschlag

auf das Reichstagswahlrecht?

In der Presse ist man geteilter Meinung darüber, ob den Wochenrundschauern der „Nordd. Allg. Ztg.“ ber die innere Politik ein halb offiziler Charakter zuerkennen ist, oder nicht. Wir glauben diese Frage verneinen zu sollen. Neuerdings haben diese Rundschauern in der Presse eine erhöhte Aufmerksamkeit gefunden wegen ihrer regelmäßigen scharfen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Allerdings waren diese Darlegungen inhaltlich meist nur eine Vortreibung der bekannnten Reichstagsreden des Herrn Reichskanzlers. In der letzten Wochenrundschau übersetzt einleuchtend die apodiktische Form, in der das offizile Organ ein Gegenkommen der Regierung in der preussischen Wahlrechtsfrage ablehnen zu dürfen glaubt. Nicht „falsche Nachgiebigkeit“ in dieser Frage sei angebracht, sondern „ruhige, kraftbewusste Festigkeit, die sich nichts abtrogen läst.“ — Die Regierung hat im Reiche sowohl wie in Preußen — wie er-

innern nur an die Sicherung der Wahlfreiheit und die Aufhebung des Verbots des Inverbindlichreitens politischer Vereine — schon so oft Zugeständnisse, denen sie Jahrzehntlang hartnäckigen Widerstand entgegengefst, sich durch den Zwang der politischen Verhältnisse abtrogen lassen müssen, daß eine solche banale Verase auf die Parteien, die in ihrer überwiegenden Mehrheit verlangen, daß mit der Reform des von Jahr zu Jahr unabhaltbarer gewordenen und immer ungerechter wirkenden preussischen Wahlrechts endlich einmal Ernst gemacht werde, nicht den mindesten Eindruck machen kann.

Materiell soll ja übrigens auch die Regierung in Preußen jetzt zu Konzessionen bereit sein. Man erzählt sich in gewöhnlich gut unterrichteten politischen Kreisen einer großen Sanftmuth, daß an den maßgebenden Stellen jetzt die Ansicht besteht, einer Reform des preussischen Wahlrechts zuzustimmen, allerdings gegen — noch nicht näher bezeichnete — „Kompensationen“ hinsichtlich einer Abandlung des Reichstagswahlrechts. Es haben also offenbar die seit Jahren unausgesetzt wirkenden Bestrebungen, das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern, an den entscheidenden Stellen ein offenes Ohr gefunden und man versucht jetzt diese Aktion mit geringfügigen Konzessionen so zu ver-

binden, daß sie zu ver-

schon in diesen wolkigen Städte geworden. Freiheit herrschen Kaiserliche Kunde. in den Nach- auch dort die Regierung aus dem der Situation sein wird. Bei dem Mangel an Lebensmitteln, der dort herrscht, dürfte sich die Pacifizierung dieser arg mitgenommenen Provinzen beschleunigen. Folgende Notstandsnotizen sind zu verzeichnen. Die Moskauer Bevölkerung, heißt es in einer Depesche des „A. A.“, begehrt das russische Weizenbrot in auerr gebruckter Stimmung. Ueberall herrschen Not und Elend, Nahrungsmittel sind furchbar teuer. Auf der Hauptzufuhrader, der Kasanischen Bahn, sind bloß 50 Wagen mit Vorräten unausgeraubt geblieben, daher großer Mangel an Lebensmitteln und an Holz. Die Straßen sind wenig belebt, spät abends ist die Stadt ganz ausgehoben. Der Zustand des außerordentlichen Schuges dürfte nicht vor Beginn der eigentlichen Reichsrumwahlen aufgehoben werden. Sämtliche Sicherheitsmaßregeln bleiben bis Ende Januar in Kraft, da am 22. Januar, dem Jahrestag des Peterburger Blutsonntags, und am 25., dem Grundungstag der Moskauer Universität, Unruhen befürchtet werden. Noch jüngst wurden im landwirtschaftlichen Institut Waffen, in den Kellerräumen des Cafe Philippow Bomben gefunden. Und dem Hilfsauschu für die nothleidenden Deutschen Rußlands ist aus Riga ein Brief zugegangen:

